



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 2. November 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-69-0054

Sachstandsbericht Wiesbadener Integrationsvereinbarung - Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022 -

Auf Basis der Wiesbadener Linie der Toleranz und Integration haben seit 2007 diverse Religionsgemeinschaften die Vereinbarung zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit (kurz: Integrationsvereinbarung) mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen. Diese beinhaltet u.a. gemeinsame Wertgrundlagen und Maßnahmen, welche diese Wertgrundlagen mit Leben füllen, sowie konkret zu unternehmende Integrationsbemühungen der Stadt Wiesbaden und der jeweiligen Gemeinde.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, einen **schriftlichen** Sachstandsbericht zur Integrationsvereinbarung zu geben, der insbesondere die folgenden Fragen beantwortet:

1. welche Religionsgemeinschaften/Gemeinden haben die Vereinbarung aktuell unterschrieben?
2. mit welchen Gemeinden laufen aktuell Verhandlungen?
3. mit welchen Gemeinden wurden in der Vergangenheit Verhandlungen geführt? Aus welchen Gründen wurden diese abgebrochen oder sind nicht abgeschlossen worden?
4. gibt es noch weitere in der Landeshauptstadt Wiesbaden ansässige Religionsgemeinschaften, mit denen die Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden könnte (mit realistischen Erfolgsaussichten)?
5. mit welchen Gemeinden scheint ein Abschluss der Vereinbarung nicht realistisch zu sein und warum nicht?
6. wie leben sowohl die Landeshauptstadt Wiesbaden, als auch die Gemeinden die Vereinbarung jeweils - insbesondere in Bezug auf Integrationsbemühungen und Geschlechtergleichberechtigung?
7. gibt es weiterhin Überlegungen, die Vereinbarung inhaltlich anzupassen? Wenn ja, welche sind das?

Beschluss Nr. 0146

Der Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022 wird in folgender Fassung angenommen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, einen **schriftlichen** Sachstandsbericht zur Integrationsvereinbarung zu geben, der insbesondere die folgenden Fragen beantwortet:

1. welche Religionsgemeinschaften/Gemeinden haben die Vereinbarung aktuell unterschrieben?
2. mit welchen Gemeinden laufen aktuell Verhandlungen?
3. mit welchen Gemeinden wurden in der Vergangenheit Verhandlungen geführt? Aus welchen Gründen wurden diese abgebrochen oder sind nicht abgeschlossen worden?
4. gibt es noch weitere in der Landeshauptstadt Wiesbaden ansässige Religionsgemeinschaften, mit denen die Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden könnte (mit realistischen Erfolgsaussichten)? *Nach welchen Kriterien werden in diesem Kontext die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ausgewählt, um die Integrationsvereinbarung mit der LHW zu schließen?*
5. mit welchen Gemeinden scheint ein Abschluss der Vereinbarung nicht realistisch zu sein und warum nicht?
6. wie leben sowohl die Landeshauptstadt Wiesbaden, als auch die Gemeinden die Vereinbarung?
7. gibt es weiterhin Überlegungen, die Vereinbarung inhaltlich anzupassen? Wenn ja, welche sind das?
8. *welche Bedarfe haben Religionsgemeinschaften innerhalb der Konsultationsgespräche an die Stadt geäußert?*

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2022

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2022

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister